Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, u. in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 9 bis 5 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile entsprechend höher. Grundpreis (Ausgabe) 40 Pf. Grundpreis für Vorzugs- oder nach Belieben stehende Anzeigen 20 Pf. Für Beilagennachweisen pro 1000 Stück 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 9096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

# Dresdner Nachrichten

43. Jahrgang.

**Lobeck & Co.**
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
**Chocoladen, Cacaos, Desserts.**
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Photographische **Apparate** in reichster Auswahl bei **Emil Wünsche** Moritzstr. 20 (Ecke Gewandhaus-, Nähe König-Johannstrasse). Fabrik: Radeberg bei Dresden. Filialen: Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M., Breslau, Bodenbach i. B. München. Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

Atelier für feine **Corsets** nach Maass. Grosses Lager von Paris und Brüssel. **Heinrich Plaul** Hoflieferant Wallstr. 25

**L. Weidig,** Waisenhausstr. 34
**Neuheiten** elegant garnirter **Damenhüte** in jeder Preislage.
Regelmässige, **persönliche** Einkäufe und Modestudien in **Berlin** und **Paris.**

**WEIN**-Handlung -Stuben • Portikus a.d. Markthalle | **Max: Kunath** Wallstr. 8

**Regenschirme** in grösster Auswahl zu billigsten Preisen. Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17. Annenstr. 9 (Stadthaus).

**Nr. 122. Spiegel:** Nationalliberaler Wahlaufruf. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Gesammtrathssitzung, Tollwuth, Landwirthschaftliche Ausstellung, Gerichtsverhandlungen. Lotterieliste. Ballet. | Muthmaßl. Witterung: Warm, Gewitter. | **Mittwoch, 4. Mai 1898.**

## Politisches.

Der Wahlaufruf der nationalliberalen Partei, der auf dem Delegirtentage in Berlin beschlossen worden ist, steht in den wesentlichen Punkten auf dem Boden der Bismarck'schen Sammelpolitik, so daß ein einmüthiges Zusammengehen aller nationalgesinnten Ordnungsparteien bei den Reichstagswahlen nunmehr gesichert ist. Auf die nationalen und wirthschaftlichen Gesichtspunkte, welche die einigenden Grundgedanken der Sammlung der staatserhaltenden Kräfte bilden, ist in dem Aufrufe das Schwergewicht gelegt. Im Vordergrunde steht der nationale Gedanke als der oberste Grundsatz, den die nationalliberale Partei auf ihre Fahne geschrieben hat. Die allgemeinen Forderungen, die aus diesem obersten Grundsatze in dem Aufruf entwickelt werden, bieten die festen gemeinsamen politischen Grundanschauungen aller derjenigen Elemente, welche zu einem geschlossenen Zusammenwirken in dem gegenwärtigen Wahlkampfe gegen die Gegner unserer nationalen Entwickelung berufen sind. Mit der Hervorhebung der einigenden vaterländischen Interessen, denen gegenüber die trennenden Momente fraktioneller Natur vollständig in den Hintergrund treten, haben sich die Nationalliberalen in ganz besonderer Weise in den Dienst der Sammlung gestellt. Die Nothwendigkeit dieses Zusammenwirkens ergiebt sich aber vor Allem auch aus der Erkenntniß der Gefahr, die bei den Reichstagswahlen von der Sozialdemokratie droht, und es gereicht daher allen Denen, für welche das Wesen der Sammelpolitik hauptsächlich in ihrer antisozialdemokratischen Tendenz besteht, zu besonderer Genugthuung, daß in dem nationalliberalen Aufruf diese Tendenz mit vollem Nachdruck zur Geltung gebracht wird. In der energischen Bekämpfung der Sozialdemokratie besteht zwischen dem Aktionsprogramm der Konservativen, wie es auf dem Dresdner Parteitage für die Wahlbewegung festgelegt worden ist, und dem vorliegenden Wahlaufrufe volle Uebereinstimmung, die überall da, wo ein sozialdemokratischer Gegenkandidat ernstlich in Frage kommt, von vornherein ein gemeinsames Vorgehen als selbstverständlich erscheinen läßt. Ausdrücklich wird in dem Aufrufe gesagt, daß die von der Sozialdemokratie drohende Gefahr das Schlimmste befürchten läßt, „wenn nicht alle staatserhaltenden Kräfte sich zusammenschaaren." Antinational wie die Sozialdemokratie ist der Ultramontanismus, und daher werden es alle Diejenigen, welche die ultramontanen Bestrebungen als die zweitgrößte Gefahr für eine gedeihliche Fortentwickelung unseres nationalen Lebens betrachten, mit voller Zustimmung begrüßen, daß unmittelbar nach dem gegen die Sozialdemokratie gerichteten Passus der Satz folgt: „Den Ultramontanismus, der die Staatsgewalt, die Schule, Kunst und Wissenschaft, das gesammte Volksleben der römischen Hierarchie unterwerfen will, bekämpfen wir nach wie vor."

Schon aus der entschiedenen Betonung des nationalen Theils des nationalliberalen Parteiprogramms ergiebt sich ein unüberbrückbarer Gegensatz zu jenen linksliberalen Elementen innerhalb wie außerhalb der Fraktion, denen seit Jahren als Ideal ein großer liberaler Mischmasch vorschwebt, der sich von Bennigsen bis Richter erstreckt. Noch schärfer aber tritt dieser Gegensatz in dem Abschnitte des Aufrufs zu Tage, in welchem die Nothwendigkeit der Interessengemeinschaft und des Zusammengehens der produktiven Gewerbsstände, insbesondere der Landwirthschaft und der Industrie, dargelegt wird. Es heißt hierüber: „Mit dem Fürsten Bismarck ist die nationalliberale Partei der Meinung, daß Landwirthschaft, Industrie, Handel und Gewerbe zusammengehen und mit Einsicht und Vaterlandsliebe für den Schutz der nationalen Arbeit eintreten müssen. Um der sich gewaltig mehrenden Bevölkerung Deutschlands eine aufsteigende Lebenshaltung zu ermöglichen, bedürfen wir einer mächtigen Industrie, eines kühn sich entfaltenden Handels eben so sehr wie einer lebenskräftigen Landwirthschaft. Deshalb vertreten wir den Standpunkt, daß bei dem Abschlusse künftiger Handelsverträge die Interessen der Landwirthschaft besser gewahrt werden müssen als bisher, daß aber gleicher Weise den Bedürfnissen der Industrie und des Handels nach Handelsverträgen mit längerer Geltungsdauer Rechnung getragen werden muß. Für eine solche Sammlung der wirthschaftlich produktiven Volksklassen, eine Ausgleichung der Gegensätze zu gemeinsamer Thätigkeit treten wir ein." Als der antiagrarische, manchesterlich-freisinnige Sammelaufruf der Rickert, Richter und Genossen erschien, behaupteten einzelne Organe dieses Kartells, daß der Aufruf seine Entstehung Angehörigen der nationalliberalen Partei zu verdanken habe. Wäre diese Behauptung wirklich keine auf Stimmenfang berechnete Flunkerei, so haben jedenfalls von dem Momente an, wo der nationalliberale, auf dem Standpunkte der Bismarck'schen Sammelparole stehende Aufruf erschienen ist, diese angeblich nationalliberalen Urheber der Richter-Rickert'schen Sammlung thatsächlich die Zugehörigkeit zu ihrer Partei verwirkt. Denn der angeführte wirthschaftspolitische Abschnitt des nationalliberalen Wahlprogramms steht in unversöhnlichem Widerspruch zu den Hauptforderungen des antiagrarischen Kartells, die bisher auch von dem linken Flügel der Nationalliberalen vertreten worden sind. Dieser linke Flügel, der in der Presse vornehmlich durch die Berliner „Nat.-Ztg." und die „Köln. Ztg." repräsentirt wird, hat daher von vornherein auf die Betheiligung an dem Berliner Delegirtentage verzichtet. Die „Nat.-Ztg." bemerkt hierüber: „Die Minderheit, welche auf dem Delegirtentag vom Herbst 1896 gemeinsam mit uns den Versuch gemacht hatte, eine offene und entschlossene Stellungnahme gegen die agrarischen und die damit zusammenhängenden reaktionären Bestrebungen zu bewirken, war größtentheils der Versammlung fern geblieben, da sie sich von der Wiederaufnahme des Versuchs keinerlei Erfolg versprechen konnte." Gleichwohl ist auf der Delegirtenversammlung ein solcher Versuch gemacht worden, allerdings ohne Erfolg, wie das Blatt richtig vorausgesehen hat. Ein Geheimer Kommerzienrath mit dem klangvollen Namen Goldberger polemisirte in der Debatte über den Wahlaufruf gegen den Satz, daß bei dem Abschluß künftiger Handelsverträge die Interessen der Landwirthschaft „besser" gewahrt werden müssen wie bisher. Das Wort besser, so führte er aus, schließe ein bedauerliches Zugeständniß an das Agrarierthum ein. Es stelle eine Konzession dar, die unbedingt zu vermeiden sei. Das Bürgerthum wäre allezeit der Träger des nationalen Gedankens gewesen, nicht das Agrarierthum. Die Partei würde an ihrer werbenden Kraft in den breiten Schichten des bürgerlichen Mittelstandes einbüßen; man müsse sich entschließen, gegen die Zusammengehörigkeit mit dem demagogischen Agrarierthum und dessen einseitige Bestrebungen, die sich zu der Parole „bessere Handelsverträge" verdichten, Verwahrung einzulegen. Der antiagrarische Antrag des Geheimen Kommerzienraths, das Wort „besser" durch „nachdrücklich" zu ersetzen, wurde jedoch mit allen gegen 29 Stimmen abgelehnt.

In einzelnen Wendungen enthält indeß der Aufruf Konzessionen an diejenigen Nationalliberalen, die sich von den Reminiscenzen der Lasker-Bamberger'schen Aera noch nicht vollständig losmachen können und daher noch immer den Anschluß nach links suchen. Gleich im Eingange des Aufrufs wird den Wünschen der Herren Goldberger und Genossen in der Klage Rechnung getragen, daß sich lauter als je „Massengegensätze" in den Vordergrund drängen. Zu diesem zarten philosemitischen Herzenserguße gesellt sich noch ein Satz, durch den offenbar dem antiagrarischen Sehnen und Trachten ein Entgegenkommen erwiesen werden soll. „Die nationalliberale Partei", wird bemerkt, „stellt sich dem Ansturm auf unsere Währungs- und Bankgesetzgebung ebenso entschieden entgegen wie sie es gegenüber den Forderungen auf Verstaatlichung des Getreidehandels gethan hat." Es würde verfehlt und vermuthlich von den Verfassern des nationalliberalen Aufrufs auch nicht beabsichtigt sein, wenn man sich in den für das nationale, Bismarck'sche Wahlkartell eintretenden Kreisen, gegen die sich diese Auslassungen richten, die freudige Bereitwilligkeit, mit den Nationalliberalen gegen die inneren Feinde des Reichs bei den Wahlen gemeinsame Sache zu machen, beeinträchtigen lassen wollte. Für die Wahlbewegung und insbesondere für die gemeinschaftliche Bekämpfung der Sozialdemokratie besitzen die Sätze des Aufrufs, durch die das „liberale" Gewissen des Nationalliberalismus beängstigt werden soll, eine aktuelle Bedeutung keineswegs, und überdies finden sich ja in der nationalliberalen Partei selbst Männer, die sich getroffen fühlen müßten, weil sie für die agrarischen Forderungen, gegen die sich der Aufruf wendet, eingetreten sind und auch in Zukunft eintreten werden, da sie wissen, daß der erwähnten Polemik nur ein platonischer Werth beizulegen ist. Der Haupteindruck des Aufrufs bleibt doch ein solcher, daß jeder Vaterlandsfreund, dessen Parole „Nieder mit der Sozialdemokratie!", dessen Leitstern das Wohl des gesammten Volkes ist, die Nationalliberalen nach wie vor als seine treuen Bundesgenossen begrüßen darf, die sich, sobald es sich um die Lösung großer nationaler Fragen handelt, stets bewährt haben.

Aus diesem Gesichtspunkte betrachtet, hat der nationalliberale Wahlaufruf für unser engeres Vaterland Sachsen noch eine besondere Bedeutung. Bis in die letzte Zeit hinein haben einzelne Störenfriede, die bei der Befolgung des von der Parteileitung der sächsischen Nationalliberalen gebilligten Kartellprogramms ihre persönlichen Bedürfnisse und Neigungen nicht befriedigen zu können glaubten, das Einvernehmen mit den Konservativen zu vereiteln oder zu durchbrechen gesucht. Für solche Versuche ist jetzt kein Raum mehr. Entweder verzichten diese Gegner der antisozialdemokratischen Sammelpolitik auf ihre Sonderbestrebungen und ordnen sich nunmehr ihren erprobten Parteiführern unter oder sie werfen ihr nationalliberales Mäntelchen ab und suchen, da eine neue Parteigründung unter eigener Firma aussichtslos ist, Zuflucht unter den Fittigen der Freisinnigen oder der sog. Nationalsozialen à la Naumann.

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 3. Mai.

*— Dresden. Heute Abend gegen 8 Uhr, während des Gewitters sprang ein Mann in selbstmörderischer Absicht von der Augustusbrücke in die Elbe. Kaum hatte ihn der Strom aber durch den Brückenbogen gerissen, da schrie der Mann um Hilfe und wurde auch von einigen in der Nähe weilenden Schiffern dem nassen Elemente glücklich wieder entrissen.

Berlin. Reichstag. Das Haus setzt die Berathung der Novelle zur Civilprozeßordnung bei dem Paragraphen, betreffend das Zustellungswesen, fort. Abg. Rintelen (Centr.) begründet eine Reihe Anträge, die vornehmlich die Ermäßigung der Prozeßkosten und die Herabsetzung der Kosten für das Zustellungswesen bezwecken. Präsident v. Buol bittet die Herren, ihre Ausführungen möglichst zu beschränken. Es sei unbedingt erforderlich, die heutige Tagesordnung zu erledigen, eventuell müßte eine Abendsitzung in Aussicht genommen werden. Abg. Günther (natlib.) tritt für die Beschlüsse der Kommission ein. Staatssekretär Dr. Nieberding erklärt, die Anträge Rintelen's seien in der Praxis unausführbar. Das Haus lehnt den ersten Antrag Rintelen ab, worauf Rintelen alle übrigen Vorschläge zurückzieht. Hierauf wird der Paragraph in der Kommissionsfassung angenommen, sodann werden weitere Paragraphen ohne weitere Erörterung genehmigt. Zu § 508, betreffend die Erhöhung der Revisionssumme auf 3000 Mk. begründet Abg. Träger den Antrag, die Revisionssumme auf 1500 Mk. zu belassen.

Kiel. Der Ablösungstransport für das ostasiatische Kreuzergeschwader ist heute früh mittelst Sonderzuges nach Wilhelmshaven abgegangen.

Madrid. Der „Imparcial" hält die Bildung eines nationalen Ministeriums für wahrscheinlich. — Der Ministerpräsident Sagasta begab sich Montag Nachmittag in das Palais, um, wie man glaubt, der Regentin eine Depesche mitzutheilen, in welcher gemeldet wird, die Stadt Cavite sei vollständig dem Erdboden gleich gemacht. Der nicht mit Mauern versehene Theil Manilas stehe in Flammen. — Man behauptet hier, die Amerikaner hätten Petroleumbomben geworfen, wodurch sich der Brand der „Reina Cristina" erkläre.

Madrid. Der Ministerrath hat beschlossen, unverzüglich den Belagerungszustand über Madrid zu verhängen. Von den Philippinen liegen keine neuen amtlichen Nachrichten vor, da das Kabel bei Manila abgeschnitten worden ist. Die Minister theilten der „Agencia Fabra" nach der Sitzung mit, es sei durchaus unzutreffend, daß es sich zur Zeit um eine Ministerkrisis handle.

London. Die „Times" giebt eine Meldung des „New-York Herald" wieder, wonach die im nördlichen Theile des atlantischen Oceans befindlichen fliegenden Geschwader vereinigt werden sollen und die Regierung beschlossen habe, die cubanische Invasion zu verschieben, bis die spanische Flotte vernichtet wäre.

Newyork. Der Dampfer „Yale", der frühere Schnelldampfer der American-Line „Paris", ist mit vernegelten Ordres in See gegangen. Der Dampfer ist für eine längere Fahrt ausgerüstet.

Tampa. Es befinden sich jetzt 7000 Mann hier. Man erwartet demnächst die Ankunft zweier Regimenter Kavallerie und Artillerie aus Chickamauga.

Frankfurt a. M. (Schluß). Credit 304.50. Disconto 198.80. Dresdner Bank 161.80. Staatsbahn —.—. Lombarden 66⅛. Ungar. Gold —.—. Portugiesen 18.50. Ruhig.

Berlin. (1 Uhr Mittags.) Fonds 102.87. Italiener 92.80. Spanier 82⅛. Portugiesen 17.50. Türken 21.45. Türkenloose 107.50. Ottomanbank 645.00. Staatsbahn 760.00. Lombarden —.—. Fest.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Mai 21.70, per Septbr.-Dezbr. 22.30 fallend. Mehl per Mai 49.00, per Septbr.-Dezbr. 43.25 ruhig. Spiritus per Mai 36.50, per Septbr.-Dezbr. 37.00, ruhig.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per Mai —, per November —. Roggen per Mai 104.00, per Oktober 139.00.

**Nachts einlaufende Depeschen siehe Seite 4.**

## Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König reiste gestern Nachmittag 4 Uhr 30 Minuten mit dem fahrplanmäßigen Schnellzuge mit Sr. Hoheit dem Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg, Ihren Excellenzen dem General der Infanterie z. D. Freiherrn v. Hoyerberg und dem Generallieutnant z. D. Müller v. Bernuck, sowie in Begleitung des Ceremonienmeisters Freiherrn v. Koenneritz, des Flügeladjutanten Majors Senfft v. Pilsach und des Königl. Ersten Oberstabsarzt Dr. Kampf nach Sibyllenort, um daselbst bis etwa Mitte Juni Aufenthalt zu nehmen. Die Ankunft Sr. Majestät auf der schlesischen Besitzung erfolgte fahrplanmäßig Abends 9 Uhr 46 Min. unter Benutzung eines Sonderzuges von Bahnstation Rochdern aus. Ihre Majestät die Königin, welche zur Zeit noch zum Kurgebrauche in Karlsbad weilt, wird voraussichtlich am 20. Mai in Sibyllenort eintreffen. Der Chef der Privatvermögensverwaltung Sr. Majestät des Königs, Generaladjutant Generallieutnant v. Minckwitz, Excellenz, hat sich bereits vorgestern nach Sibyllenort begeben, um die für den Frühjahrsaufenthalt des Königspaares erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

— Se. Königl. Hoheit der Herzog Robert von Württemberg ist vorgestern Nachmittag 5 Uhr 50 Minuten wieder nach Stuttgart abgereist. Ihre Königl. Hoheiten der Prinz und die Frau Prinzessin Johann Georg begleiteten ihren hohen Verwandten nach dem Bahnhofe.

— Am 28. April hat sich Ihre Durchlaucht die Frau Erbprinzessin von Schönburg-Waldenburg mit der Prinzessin Tochter Sophie und dem Prinzen Günther von hier zu längerem Aufenthalt auf ihre rumänischen Güter begeben.

— Se. Majestät der König hat das Ritterkreuz erster Klasse vom Albrechtsorden verliehen: dem Dramaturgen am Königl. Hoftheater Dr. Alexander Meyer, Oberlehrer Prof. Dr. Weidenbach und Stadtrath Wokurka.

— Se. Majestät der König hat genehmigt, daß der vortragende Rath im Finanzministerium und stellvertretende Bevollmächtigte zum Bundesrathe Geh. Finanzrath Dr. jur. Schaffrath den ihm von Sr. Majestät dem deutschen Kaiser verliehenen Königl. Preußischen Kronenorden 2. Klasse, der erste Rath im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Geh. Legationsrath Freiherr v. Salza und Lichtenau die ihm verliehenen Insignien eines Kommandeurs des Ordens der Italienischen Krone, der Legationsrath v. Nostitz in demselben Ministerium den ihm verliehenen Oesterreichischen Kaiserl. Orden der eisernen Krone 3. Klasse, der Legationssekretär v. Polenz das ihm verliehene Fürstl. Schwarzburgische Ehrenkreuz 3. Klasse und die Beamten im Ressort des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten die ihnen verliehenen nichtsächsischen Orden und zwar: der Geh. Kanzleirath Steudel: die Insignien eines Ritters des Königl. Italienischen St. Mauritius- und Lazarus-Ordens, der Kanzleirath bei der Königl. Gesandtschaft in Berlin Pachaly: den Königl. Preußischen Kronenorden 4. Klasse, der Geh. Sekretär Schubert: das Fürstl. Schwarzburgische Ehrenkreuz 4. Klasse und der Geh. Sekretär Reh: das Kaiserl. Oesterreichische goldene Verdienstkreuz mit der Krone, anzunehmen und tragen.

— Se. Majestät der König verlieh dem Hausbofmeister Sr. Durchlaucht des Fürsten Reuß Heinrich XIV. j. L. E. Rob. Schürer das Albrechtskreuz.

— Dem Königl. Obergärtner Dedek, der kürzlich sein 25jähriges Dienstjubiläum feierte, schenkte Ihre K. Königl. Hoheit die Frau Prinzessin Friedrich August ihre Photographie, die die Unterschrift der hohen Frau trägt.

— Der Direktor des Mineralogisch-Geologischen und Prähistorischen Museums, Geh. Rath Prof. Dr. Geinitz ist am 1. Mai in den Ruhestand getreten. An seiner Stelle ist der Professor an der Königl. Technischen Hochschule Dr. Ernst Kalkowsky zum Direktor des Mineralogisch-Geologischen Museums nebst der Prähistorischen Sammlung ernannt worden.

— Die Erste Kammer bewilligte gestern in Gegenwart des Herrn Staatsministers v. Metzsch zunächst 907,300 Mk. zur Erwerbung von Bauareal in Leipzig (Trier'sches Institut und Glöckner'scher Garten), ließ die Petition des Hausbesitzervereins Leipzig-Ost auf sich beruhen, bewilligte ferner 600,000 Mk. als

**Friedrich & Glöckner** Sr. 15. Schäferstr. 12. Bautzenerstr. 27b. streichfr. Oelfarben, Firnisse, Lacke, Fussboden-Schnellfarben, trocken. Farben. Zwingerstein und Estrich.